

1010

Beschluss vom 23.6.1972 – III A 1205/71 -, RsprSlg kommVR KWG NW § 7

Zum Begriff des Wohnsitzes im Sinne des Kommunalwahlrechts.

b) passives Wahlrecht:

Urteil vom 14.1.1997 – 15 A 298/96 -

1. Anfechtung der Wahl eines Wahlbewerbers auf einem Listenwahlvorschlag durch den Listennachfolger wegen vermeintlich fehlender Wählbarkeit.

2. Zu den Begriffen des Wohnungshabens in § 7 KWahlG und des Getrenntlebens in § 16 Abs. 2 Satz 2 MeldeG NRW.

Beschluss vom 23.2.1995 – 15 A 5149/94 -

Kostenentscheidung nach Hauptsachenerledigung eines Verfahrens betreffend die Frage des maßgeblichen Zeitpunktes für das Vorliegen von Wählbarkeitshindernissen für einen Listennachfolger.

5. Wahlwerbung

Beschluss vom 12.5.2004 – 11 B 952/04

Ob sich die Wahlplakatierung einer politischen Partei im Rahmen der anlässlich einer bestimmten Wahl (hier: Europawahl 2004) erteilten Sondernutzungserlaubnis hält, bemisst sich nach einer großzügigen Gesamtbetrachtungsweise. Die isolierte Würdigung einzelner textlicher oder bildlicher Elemente eines Plakates verbietet sich.

6. Wahlverfahren

Urteil vom 18.3.1997 – 15 A 6240/96 -, NWVBI 1997, 395 = NVwZ-RR 1998, 196

Die Möglichkeit nach § 7 Abs. 3 Satz 3 KWahlO, Wahlbewerber in einen Wahlvorstand zu berufen, und zwar auch einen des Stimmbezirks des eigenen Wahlbezirks, ist verfassungsrechtlich und nach Maßgabe des einfachen Gesetzes nicht zu beanstanden.